

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 39 (1963-1964)
Heft: 16

Artikel: Sehr geehrter Herr M.
Autor: Herzig, E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-707045>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft «Schweizer Soldat», Zürich 1
Redaktion: E. Herzig, Gundeldingerstraße 209, Basel, Tel. (061) 34 41 15. Annoncenverwaltung,
Administration, Druck und Expedition: Aschmann & Scheller AG, Zürich 1, Tel. (051) 32 71 64,
Postcheckkonto VIII 1545. Abonnementspreis: Schweiz Fr. 10.—, Ausland Fr. 14.50 im Jahr

Erscheint Mitte und Ende des Monats

39. Jahrgang

30. April 1964

Sehr geehrter Herr M.

vor vierzehn Tagen habe ich Ihnen Ihren Beitrag «Fluchwürdige Koexistenz» zurückgeschickt und mit einigen kurzen Sätzen auch begründet, weshalb ich darauf verzichten mußte, das Manuskript zu veröffentlichen. Sie haben mir dann sehr energisch zurückgeschrieben und mir vorgeworfen, ein «Koexistenzler» zu sein. Wenn Sie, sehr geehrter Herr M., mich als «Koexistenzler» bezeichnen, weil ich der Meinung bin, daß der Friede unserer Zeit auf jeden Fall besser ist als ein Krieg, dann beweist mir das nur, wie wenig realistisch Sie die Weltlage einschätzen. Sie schrieben wörtlich: «Mit Rußland und seinen Satelliten darf es keine Koexistenz geben.» Das ist, mit Verlaub gesagt, eine hohle Phrase, leeres Stroh! Ich habe aus meiner antiextremistischen Gesinnung noch nie einen Hehl gemacht. Politische Extremisten aller Farbschattierungen sind mir ein Greuel. Ich bin der erste, der den Russen, den Tschechen und allen anderen Völkern, die unter der harten Fuchtel des Kommunismus leben müssen, ein anderes Regime gönnen möchte. Aber wer anders könnte in diesen Ländern einen Regimewechsel herbeiführen als diese Völker selber! Oder sehen Sie eine andere Möglichkeit, eine bessere Lösung? Als erklärter Feind der Koexistenz bleibt Ihnen als Antwort wohl nur der Hinweis auf eine Intervention des Westens und das heißt Krieg! Das werden Sie ernstlich aber kaum erwogen haben, und doch ist es die letzte Konsequenz Ihrer — entschuldigen Sie — absurden Forderung. Friede in unserer Zeit heißt Koexistenz, und das Gegenteil von Koexistenz in unserer Zeit ist Krieg und Einsatz der Massenvernichtungsmittel. Wir müssen uns mit der Wirklichkeit auseinandersetzen. Und die Wirklichkeit schließt die Existenz kommunistischer Diktaturstaaten ein. Sie sind eine Realität, und nur ein weltfremder Phantast wird das ableugnen. Mit anderen Worten: wenn wir den Frieden bewahren wollen, müssen wir neben den kommunistischen Staaten leben. Ihr Kampf gegen die Koexistenz ist genauso unrealistisch wie jener der Pazifisten gegen die Atomwaffen. Diese Massenvernichtungsmittel sind vorhanden. Weder der Osten noch der Westen wird auf sie verzichten wollen, und ihr Vorhandensein trägt — ob wir

es wahrhaben wollen oder nicht — wesentlich zur Aufrechterhaltung des Friedens bei.

Ich bin aber ein Gegner der «Koexistenz um jeden Preis». Dafür bin ich Ihnen ebenfalls eine Erklärung schuldig. Wenn ich daran glaube, daß der Friede zu einem guten Teil gesichert wird durch ein einigermaßen normales Nebeneinanderleben der kommunistischen und der freien Völker, so findet zum Beispiel aber auch die Politik der USA, die sich mit großen Opfern an Menschen und an finanziellen Mitteln zäh gegen eine weitere Ausbreitung des Kommunismus wehrt, meine volle Zustimmung. Wachsam und aufgeschlossen muß die Koexistenzpolitik des Westens sein — und sie ist es auch. Wachsam gegenüber den Manövern des Kommunismus und aufgeschlossen gegenüber den Beziehungen zwischen der freien und der kommunistischen Welt. Die Schweiz wird auch da keine Ausnahmestellung einnehmen, und wir dürfen den verantwortlichen Behörden vertrauen, daß sie die für unser Land richtige und zweckmäßige Lösung suchen und finden.

Was Sie aber in Ihrem Beitrag vorgeschlagen haben, sehr geehrter Herr M., ist ein sturer «Hurra-Antikommunismus», der uns nichts nützt und den Kommunisten nicht schadet. Was Sie anzubieten haben, ist schon deshalb schlecht, weil es nicht ehrlich gemeint ist und sich mit der Wirklichkeit nicht verträgt.

E. Herzig

Der bewaffnete Friede

341.178
Militärpolitische Weltchronik

Es waren am 4. April 15 Jahre vergangen, daß 1949 in Washington in Anwesenheit von Präsident Truman der Nordatlantikpakt unterzeichnet wurde, der seither unter der Bezeichnung NATO zu einem Begriff geworden ist. Wir wollen uns heute einmal mehr daran erinnern, daß es die aggressive Politik der Sowjetunion war, die zu diesem Zusammenschluß führte, weil sie sich nicht an die nach dem Zweiten Weltkrieg unter den Alliierten geschlossenen Abkommen hielt und den Zeitpunkt als gegeben betrachtete, dem Rezept Lenins folgend, den Kommunismus über die ganze Welt

auszubreiten und ihm im phasenweisen Vorgehen nun zunächst einmal ganz Europa zu unterwerfen. Der Pakt war von Anfang an als Verteidigungsabkommen gedacht und sollte verhindern, daß nach Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Polen und der Tschechoslowakei weitere europäische Staaten ihre Freiheit und damit auch eine demokratische Regierung verlieren und zu sogenannten «Volksdemokratien» würden.

Dem Atlantikpakt ging im März 1948 der Brüsseler Pakt voraus, der nur drei Wochen nach dem Staatsstreich in Prag zwischen Frankreich, England, Holland, Belgien und Luxemburg unterzeichnet wurde, nachdem die mit allen Mitteln versuchte Ausbreitung des sowjetischen Einflusses in Europa von den Staatsmännern der freien Welt mit größter Besorgnis verfolgt wurde. Es kann heute gesagt werden, daß der Pakt von Brüssel der erste Schritt zur Schaffung einer Verteidigungsorganisation des Westens war. Es war aber bald einmal ersichtlich, daß die militärischen Mittel der fünf europäischen Staaten allein nicht ausreichten, um eine wirksame Verteidigung der freien Welt zu gewährleisten. Nachdenklich stellt man heute fest, daß es der damalige französische Außenminister war, der dem amerikanischen Staatssekretär Marshall ein Telegramm sandte: «Der Augenblick scheint gekommen, so schnell wie möglich die Zusammenarbeit zwischen der Neuen und der Alten Welt auf militärischem Gebiet herbeizuführen und sie so eng wie nur immer möglich zu gestalten.»

Es war dann Präsident Truman, der vor dem amerikanischen Kongreß erklärte: «Ich zweifle nicht daran, daß der Kongreß den freien Nationen Westeuropas die von der Lage erforderte Hilfe gewähren wird.» Der Appell fand Verständnis und Gehör, und am 11. Juni 1948 wurde ein Antrag des Senators Vandenberg angenommen, welcher der amerikanischen Regierung

Sonderausgabe EXPO «Wehrhafte Schweiz»

Wir machen unsere Leser höflich darauf aufmerksam, daß die nächste Ausgabe vom 15. Mai 1964 als erweiterte und reich illustrierte Sondernummer über den Teil «Wehrhafte Schweiz» der EXPO 64 erscheint.